

# Nicht jeder, der putzt, spült auch

## Stadtverordnete lehnen Fremdreinigung von Kitas für rund 85 000 Euro ab

Bruchköbel (ju). In vorweihnachtlicher Einmütigkeit präsentierten sich die Bruchköbeler Stadtverordneten bei ihrer jüngsten Sitzung. Die meisten der 16 Tagesordnungspunkte wurden ohne große Debatten einstimmig abgehakt. Beim Punkt Fremdreinigung städtischer Kitas kam es dann doch noch zu einer Diskussion. Die von der Verwaltung vorgelegte überplanmäßige Ausgabe von 85 000 Euro wurde von allen Fraktionen außer der CDU abgelehnt. Schon die Formulierungen in der Vorlage gaben Anlass zu Kritik. Denn aus dem Papier ging nicht eindeutig hervor, für welchen Zeitraum die Ausgabe sein sollte und wie sie sich genau zusammensetzt. Als Begründung für den Antrag wurde darauf verwiesen, dass vertretungsweise im Krankheits- und Urlaubsfall auf externe Reinigungskräfte zurückgegriffen werden musste. Die Auflistung legt den Verdacht nahe, dass im Reinigungsbereich der Kitas kaum noch eine städtische Kraft den Wischmopp schwingt: Zwei Langzeitkranke mit je 20 Stunden Arbeitszeit die Woche waren ausgefallen, eine Langzeitkranke mit 12,5 Wochenstunden, zwei weitere Kräfte mit 20 und 25 Wochenstunden sind Ende 2011 und Mitte 2012 in Altersteilzeit gegangen, eine weitere Mitarbeiterin mit 20 Wochenstunden hat sich in den Ruhestand begeben. Dass bei so vielen Ausfällen Fremdkräfte mit der Reinigung der Kindergärten beauftragt werden mussten, leuchtete jedem ein. Gleichwohl wurde in einem Passus der Vorlage gefordert, dass dauerhaft Arbeiten an Externe vergeben werden sollten, wenn städtische Reinigungskräfte ausscheiden.

Damit zeigte sich Harald Hormel für den Bürgerbund Bruchköbel (BBB) nicht einverstanden. Er gab zu bedenken, dass Kitas sensible Bereiche mit großen Anforderungen an die Hygiene seien. Diesen genügten die städtischen Kräfte in besonderem Maße, sie übernahmen zudem in den Kitas auch noch hauswirtschaftliche Aufgaben wie das Abspülen. „Das tut eine Fremdfirma nicht“, argumentierte Hor-

mel und kritisierte die Arbeitsbedingungen mancher Reinigungsfirma. „Wir würden gerne weiter unsere eigenen Kräfte einsetzen“, so Hormel. Diesem Argument schloss sich Grünen-Fraktionschefin Patricia Bürgstein an. Sie wollte aus der Vorlage einen Absatz gestrichen haben, in

### Weitere Beschlüsse

Bruchköbel (ju). Hier in Kurzform die weiteren Beschlüsse:

- ▶ BBB-Antrag auf Nutzung des Bundesfreiwilligendienstes BFD im Bereich der Feuerwehren: Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss nach Änderungsanträgen von Grünen und CDU auf Ausweitung des Bufdi-Antrags auf andere soziale Einrichtungen.
- ▶ Mehr Geld für die ehrenamtliche Stadträtin: Einstimmiges Ja aller Fraktionen zur Anpassung der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Verwaltungstätigkeit. Die monatliche Aufwandsentschädigung steigt von 77 auf 100 Euro, pro Vertretungstag (für den Bürgermeister) erhält die Erste Stadträtin 75 statt 42 Euro.
- ▶ Wahl von Vertretern für die Verbandsversammlung des Regionalverbands Frankfurt/Rhein-Main: Einstimmiges Ja für Ingrid Cammerzell als Vertreterin von Bürgermeister Maibach.
- ▶ Wahl einer Stellvertreterin in die Verbandsversammlung der ekom21: Einstimmig für Ingrid Cammerzell.
- ▶ Unbefristete Niederschlagung einer Forderung in Höhe von 40 791 Euro: Einstimmig verabschiedet. Die Forderung besteht gegen einen insolventen säumigen Gewerbesteuerzahler.
- ▶ Verlustausgleich für die Wirtschaftlichen Betriebe: Einstimmig angenommen
- ▶ Neue Benutzungs- und Entgeltsatzung für die Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser: Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

dem dauerhaft ausscheidende Putzfrauen und -männer durch Externe ersetzt werden sollen. Sie warf auch die Frage auf, wie 85 000 Euro auflaufen konnten. Langzeitkranke kosteten die Stadt schließlich nichts. Auch BBB-Fraktionschef Alexander Rabold konnte nicht nachvollziehen, wie die Kosten entstanden sind und forderte Aufklärung.

Da half auch die Aufklärung von Michael Reul (CDU) nichts. Er wies darauf hin, dass die Vorlage zwei Teile beinhalte: Zum einen die Bewilligung der bereits ausgegebenen 85 000 Euro für schon erbrachte Leistungen, zum anderen die Festlegung auf ein künftiges Prozedere. Zu guter Letzt stimmten SPD, BBB, Grüne und FDP gegen die Vorlage.

Einigkeit herrschte hingegen beim Antrag der CDU, alternative Bestattungsformen wie die Waldbestattung zu prüfen. Guido Rötzer erklärte, dass es in einigen Kommunen bereits Baumgrabfelder oder Ruhehaine gebe, auch Mittelbuchen ziehe bald nach. Da die Wälder in Bruchköbel wegen ihrer Bodenbeschaffenheit als wenig geeignet erschienen, solle geprüft werden, ob man sich im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit mit Kommunen im nahem Umkreis der Stadt zusammentun könne. Dem Antrag stimmte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig zu.

Erwärmen konnten sich die Fraktionen auch für den Vorstoß der SPD, ein Leerstands- und Baulückenkataster für die Kernstadt und die Stadtteile erstellen zu lassen. Da aber, wie Alexander Rabold einwandte, der Datenschutz und die Kosten-Nutzen-Relation beachtet werden müssten, folgte das Gremium seinem Vorschlag auf Verweisung in den Bauausschuss. Einstimmig angenommen wurde der BBB-Prüfantrag, der sich mit der Straßenbeitragsatzung befasste. Hier solle ermittelt werden, so Rabold, ob statt der Anliegerbeiträge für grundhafte Erneuerung die Einführung wiederkehrender Beiträge – wie es die Neufassung des kommunalen Abgabengesetzes möglich macht – mehr Gerechtigkeit für die Bürger bringt.